

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde

Mitteilungen

editorial



MAX GERBER
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE

Hoffnung

Das World Economic Forum 2005 (WEF) ist zu Ende. Was bleibt, ist Hoffnung. Und das ist mehr als ein Beginn. Nebst den wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekten standen Armut und Ungerechtigkeit im Vordergrund. Politiker, Manager und Filmstars rückten Afrika ins Zentrum. Das WEF löst die gewaltigen Probleme Afrikas nicht. Das Miteinanderreden ist aber immer Ausgangslage für Lösungen – und ist gute schweizerische Tradition. Deshalb ist unser Land ein geeigneter Gastgeber für das WEF. Danke an die WEF-Gegner, die gewaltlos ihre Meinung vertraten. Pfui an die Gewalttätigen. Ziel muss es sein, dass die Steuerzahler zukünftig nicht Millionen für Polizei und weitere Schutzmassnahmen befragen müssen. Sonst torpedieren die WEF-Kritiker schlichtweg keimende Hoffnung.

Hauptversammlung

Am Samstag, 5. März 2005, führen wir in Ostermundigen b. Bern die Hauptversammlung durch.

Zeit: 10.45 Uhr

Ort: Restaurant Bären Ostermundigen, Bernstrasse 25, 3072 Ostermundigen

Vortrag: «Standortbestimmung Armee» von Herrn Divisionär Martin von Orelli, Stv Chef der Armee

Freiheit: Taten statt Worte

WERNER GARTENMANN,
EHEM. PRÄSIDENT PRO LIBERTATE,
MATTEN B. I.

E-Mail: gartenmann@hotmail.com

Nach jahrzehntelanger Schreckensherrschaft konnte das irakische Volk am 31. Januar 2005 freie Parlamentswahlen durchführen. Trotz feiger Todesdrohungen von Terrorgruppen fiel die Wahlbeteiligung wider Erwarten hoch aus. Das Festhalten am Wahltermin stellte sich also als richtig heraus. Obwohl UNO-Generalsekretär Kofi Annan in letzter Minute die Iraker ermutigte, an den Wahlen teilzunehmen, ist dieser grosse Tag der Demokratiegeschichte nicht das Verdienst der UNO. In erster Linie sind es die Schaffenskraft und der Mut des Iraks, gefolgt vom Willen und der Hartnäckigkeit der Staaten, die unter der Führung der USA im Irak mit ihrem Engagement den Weg Richtung Freiheit ebneten.

Fehlbeurteilung der schweizerischen Aussenpolitik – und der UNO

Bundesrätin Calmy-Rey verkündete in der zweiten Hälfte des vergange-

nen Jahres: «Die unter Missachtung der UNO-Charta durchgeführte Intervention der Koalition im Irak führte zu einer Krise des Systems der kollektiven Sicherheit. Wie man sieht, kommt es zu Anarchie (...).¹ Es ist festzuhalten, dass sich der Ansatz, Konflikte wie jene im Irak, in Afgha-

¹ Botschafterkonferenz 23.8.2004: Ansprache von Bundesrätin Calmy-Rey

In dieser Ausgabe

- 3 Der Antirassismuspaparat – eine Lügengeschichte
- 4 Ist gemeinnützige Arbeit nicht mehr nötig?
- 5 Jahresbericht der Präsidentin «Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom»
- 7 Jahresbericht Projektgruppe «Finanzen und Administration»
- 7 Ausblick
- 8 Zusammenfassung



nistan oder im Nahen Osten ausschliesslich mit militärischen Massnahmen aus der Welt schaffen zu wollen, als unangemessen und fruchtlos erwiesen hat. Die fortdauernde Gewaltspirale im Irak ist hierfür vielleicht der beste und traurigste Beweis.»² Abgesehen davon, dass die Aussage «ausschliesslich mit militärischen Massnahmen» der Realität nicht gerecht wird, ist es natürlich bequemer, sich hinter der UNO-Charta zu verschanzen und lautstark zu kritisieren – man ist ja seit dem UNO-Beitritt dazu legitimiert. Jedenfalls hat sich die Analyse von Frau Calmy-Rey als Schuss in den Ofen entpuppt.

Die neue US-Aussenministerin Condoleezza Rice nennt das Kind beim Namen: «Wahren Frieden wird es nur geben, wenn die Welt sicherer, besser und freier ist. Aus diesem Grund helfen wir den Afghanen und Irakern beim Aufbau repräsentativer Regierungen, die den ehrbaren Wünschen ihrer Bürger dienen.»³ An sich wäre es die Aufgabe der UNO, den von Rice aufgezeigten Weg in die Tat umzusetzen. Aber gerade das Beispiel Irak zeigt, wie unfähig und unwillig die Vereinten Nationen sind. Hätten sich die USA und ihre Verbündeten – darunter viele europäische Staaten – der damaligen UNO-Nichtstun-Politik untergeordnet, hätten jene Wahlen im Irak nicht stattgefunden. Und Frau Calmy-Rey wäre zufrieden gewesen, denn ihre UNO wäre nicht «umgangen» worden ...

Die Freiheitsrede

Am 20. Januar 2005 stellte der wieder gewählte US-Präsident George W. Bush anlässlich seiner Vereidigung das Regierungsprogramm für seine neue Amtsperiode vor. Die Rede wurde von der europäischen Presse und besonders von unserem staatlichen Radio- und Fernsehkonzern niedergeschmettert. Der Inhalt der Rede war für die «Meinungsmacher» kein Thema, vielmehr kritisierten sie die Feierlichkeiten in Washington – die notabene von Privaten bezahlt wurden (im Gegensatz zu Firlefanz-Übungen bei uns: Expo 02, Hirschhorn-Quatsch ...). Die Rede von Präsident Bush verdient aber Aufmerksamkeit, weil sie ein eindrückliches Plädoyer für die Freiheit ist:

«Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, demokratische Bewegungen und Institutionen in jedem Land und jeder Kultur zu suchen und ihre Entwicklung zu unterstützen, mit dem Endziel, die Tyrannei in der Welt zu

beenden. (...) weil wir in der grossen Befreiungstradition dieses Landes handelten, haben Millionen von Menschen die Freiheit erlangt. Und weil Hoffnung Hoffnung weckt, werden Millionen weitere Freiheit finden. (...) Eines Tages wird das ungezügelte Feuer der Freiheit auch die dunkelsten Ecken unserer Welt erreichen. (...) Wir gehen voran mit dem festen Vertrauen, dass die Freiheit letzten Endes triumphiert. (...) Nicht, weil wir uns für eine auserwählte Nation halten, Gott bewegt und entscheidet nach seinem eigenen Willen. Wir haben das Vertrauen, weil die Freiheit die dauerhafte Hoffnung der Menschheit ist.»

Die Rede erscheint in vielen Bereichen visionär, denn sie legt ein Programm dar, welches im Moment kaum realisierbar erscheint. Aber verdient Freiheit nicht Visionen? Wer das Ziel nie benennt, wird umherirren, wird sich an alltäglichen Rückschlägen aufreiben und schliesslich nichts bewegen. Die Bush-Rede ist konkret, zielorientiert und vermittelt Hoffnung.

Freiheit und Demokratie: Fertigenus einer gesättigten Gesellschaft?

Die US-Aussenministerin Condoleezza Rice stellt fest: «Demokratie ist nicht einfach. Ihre Institutionen sind nicht die natürliche Verkörperung der menschlichen Natur, das Trachten nach Demokratie ist es aber mit Sicherheit.»⁴ Gerade wir Schweizerinnen und Schweizer sollten eigentlich wissen, was es heisst, eine stabile und glaubwürdige Demokratie zu installieren: Es dauerte Jahrhunderte und verlangte unserem Volk einen hohen Blutzoll ab. Heute gehen wir mit unserer Demokratie und Freiheit wenig respektvoll um. Wir erachten unsere Rechte als Selbstverständlichkeit – eben wie Fertigartikel, die man zu jeder Zeit beliebig aus dem Regal nehmen kann. So genannte Reformer erachten sie als Bremsklotz. Linke missbrauchen sie für ihre sozialistische Verhinderungspolitik. Professoren verrenken sich in geistigen Übungen, wie unsere Demokratie «zeitgemäss» ausgestaltet werden könnte. Die Befürworter eines EU-Beitritts (darunter früher oder später wohl mindestens sechs Bundesräte) erklären, die direkte Demokratie sei EU-kompatibel, das Aufgehen im Grossen verschaffe dem Kleinen mehr Souveränität, mehr Freiheit. Wenn heute ein EU-Staat einen allfälligen EU-Beitritt der Türkei seinem

Volk zur Abstimmung vorlegen will, laufen in EU-Brüssel «Super-Europäer» Amok: «Was, wenn ein Staat ablehnt?» Oder zum Beispiel die EU-Verfassung: Die rot-grüne Regierung Deutschlands will keine Volksabstimmung. Ja, Demokratie ist eben nicht gleich Demokratie.

Die USA als Garant der Freiheit – ob man es will oder nicht

Gerade wir Europäer – dazu gehören auch wir – und selbst die EU verdanken Stabilität, Freiheit und Frieden auch dem US-Engagement. Condoleezza Rice erinnert: «Die USA unterstützen das europäische Projekt vehement. Wir haben teuer für die Unterstützung der Umgestaltung und Integration Europas bezahlt – weil es in unserem Interesse lag und so eindeutig im Einklang mit unseren Werten stand.»⁵

Die Stärke der gegenwärtigen US-Regierung ist ihre klare Absicht und ihre zielorientierte Hartnäckigkeit. Und die Aussenpolitik der EU? War das sich heute aufspielende Beamten-Europa unter Führung von Deutschland und Frankreich in der Balkankrise handlungsfähig? Im Irak? Auf dem Balkan waren es schliesslich die USA, die den Friedensprozess in Fahrt brachten. Natürlich hiess es, die USA wollten sich dank dem Balkaneinsatz ein Sprungbrett in Richtung kaspisches Meer mit seinen Ölvorkommen schaffen ... Das gleiche Lied ertönt beim Thema Irak ... Selbst als die ersten US-Hubschrauber mit Versorgungsgütern im Tsunami-Katastrophengebiet Aceh landeten – lange bevor Sumatra in Europa überhaupt ein Thema war –, analysierten europäische Gutmenschen, den USA gehe es nur um die Öl- und Gasvorkommen in der Region ... Es zeugt allmählich von europäischer Paranoia, wenn hinter jedem amerikanischen Soldaten ein hirnloser Rambo-Roboter im Dienste der Öl-Multis gesehen wird. So einfach ist die Sache nicht. Wenn wir schon andere mit Dreck

² «Die Friedenspolitik der Schweiz», Vortrag von Bundesrätin Calmy-Rey vor der Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer am 23.9.2004

³ Rede am «International Institute for Strategic Studies in London, 26.06.2003 (damals Sicherheitsberaterin von Präsident Bush)

⁴ Rede am «International Institute for Strategic Studies in London, 26.06.2003 (damals Sicherheitsberaterin von Präsident Bush)

⁵ Rede am «International Institute for Strategic Studies in London, 26.06.2003



Bild: US Navy (www.navy.mil)

bewerfen, dann sollten wir vor der eigenen Tür aufräumen. Gerade das sich in der Irak-Politik aufspielende Frankreich sollte Zurückhaltung üben. Wie war das mit den irakischen Öl- und Atomgeschäften unter Saddam Hussein? Und ist die Fremdenlegion nicht in afrikanischen Regionen im Einsatz, in welchen zufälligerweise Rohstoffzentren liegen?

Andere europäische Staats- und Regierungschefs pflegen Prestige-Projekte: Zum Beispiel den mit Steuermilliarden subventionierten Super-Jumbo A 380 (Airbus). Bundeskanzler Schröder liess anlässlich des Roll-Out des A 380 die Welt wissen: «*Unser Europa ist immer noch in der Lage, grossartige Impulse für die Moderne im 21. Jahrhundert zu ge-*

■ Es waren Hubschrauber des amerikanischen Flugzeugträgers Abraham Lincoln, welche als erste Versorgungsgüter in das Tsunami-Katastrophengebiet Aceh flogen – lange bevor Sumatra in Europa überhaupt ein Thema war. ■■

ben.»⁶ Es bleibt zu hoffen, dass sein Europa noch andere Impulse setzen kann als ein Monster-Flugzeug.

Schlussgedanken

Es braucht keinen Kadavergehorsam gegenüber den USA. Aber die momentan geschürte einseitige Betrachtungsweise mit Pauschalurteilen stellt am Ende unsere eigenen Werte in Frage. Und wir können von den USA lernen, wie man zu seiner Geschichte und Identität steht, wie man das Vaterland lieben kann, wie man Visionen in die Tat umsetzt. Doch vorerst arbeiten wir an unserer Demontage weiter. Jüngstes Beispiel ist die Absicht der Nationalbank, auf den neuen Schweizer Banknoten weder Persönlichkeiten noch Erfindungen bzw. Leistungen darzustellen, sondern eine weltoffene Schweiz. Hurra: Der Gutmenschen-Trip unseres Landes geht weiter! Zurück zu den irakischen Wahlen: In den Zeitungen und in den TV-Nachrichten sah man Bilder von Wahlzetteln, die in Blutlachen lagen. Rund 30 Menschen wurden von feigen Kreaturen hinterhältig beim Urnengang getötet. Die Opfer wollten Demokratie erleben, sie bezahlten mit dem Tod. Das «Bild des Wahlzettels in der Blutlache» ... Denken wir beim nächsten Abstimmungstermin daran.

⁶ www.bundeskanzler.de/Neues vom Kanzler/Kanzler aktuell

Der Antirassismusparagraf – eine Lügengeschichte

PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

In der BernerZeitung erhielt Georg Kreis, Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), die Gelegenheit, nach 10-jährigem Bestehen des Antirassismusartikels ein Fazit zu ziehen: Seine Bilanz fiel – wie könnte es anders sein – positiv aus. Man könne sogar noch mehr

tun. Georg Kreis ist indes ein Sklave des Systems. Wäre er kritisch, würde er sofort ersetzt. Ich habe das Privileg, diesen Paragrafen etwas unabhängiger beurteilen zu können.

1994 wurde eine knappe Mehrheit der Stimmbürger davon überzeugt, einem Artikel zuzustimmen, der, wie man vorgab, den Rassismus bekämpfen soll. Der Artikel war eine

Folge des UNO-Abkommens zur Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung, das entsprechende Anpassungen der nationalen Strafgesetzbücher verlangte. Somit ist die Norm indirekt internationales Recht. Seit seiner Einführung war der Antirassismusparagraf ein «Gesetz», das dieses Namens nicht würdig war. Verdeckt hinter der Maske der «political correctness» verne-

belte er der Bevölkerung seine wahre Tragweite und die Absichten seines «spiritus rector»: Denn nach Jahrzehnten der Machtergreifung der 68er treten allmählich die fatalen Konsequenzen ihrer Ideologie zu Tage: Ausländerkriminalität, Asylmigration und die tödlichen Folgen der multikulturellen Illusion, wie in Holland geschehen. Also tun die etablierten 68er genau das, wogegen sie sich einst auflehnten: Sie verbieten, sie unterdrücken die Kritik an ihrer Unfähigkeit und nennen sie rassistisch.

Zum ersten Mal im schweizerischen Strafgesetzbuch verwässerte man mit diesem Paragrafen die Grenze zwischen Tat- und Gesinnungsstrafrecht. Zudem ist der Artikel derart unbestimmt formuliert, dass dem Richter eine unangemessene Macht über die Freiheit eines Menschen zukommt. Bisher musste ein Strafartikel als Grundlage für einen Eingriff in die persönliche Freiheit eines Menschen zum Schutz vor Willkür bestimmt formuliert werden.

Man sieht: Der Antirassismusparagraf ist mit den Grundsätzen des liberalen Rechtsstaates in keiner Weise vereinbar. Unbestimmtheit und Gesinnungsstrafbarkeit sind Relikte aus vergangen geglaubter totalitärer Zeit. Damit eine solche Abstimmung überhaupt gewonnen werden konnte, mussten Bundesrat und Parlament einige Versprechen machen. Den Privatbereich nahm man explizit von der Strafbarkeit aus. «Blosse

Gesinnungen oder private Äusserungen sind keinesfalls verboten», hiess es etwa in den Abstimmungserläuterungen des Bundesrates; und fremde Richter würden sich schon gar nicht einmischen.

Zur Überwachung dieses Antirassismusartikels schuf man extra ein staatlich finanziertes Politbüro – die eidgenössische Kommission gegen Rassismus. Diese liess in der Folge auch keine Gelegenheit aus, die Diskussionskultur zu vergiften: Die überproportional hohe Quote an Rassen aus dem Balkan dürfe nicht mit Blick auf deren kulturellen Hintergrund gesehen werden. Wer den rasanten Anstieg der Muslime in der Schweiz thematisiert, wird verklagt. Abgelehnte Einbürgerungsentscheide versetzt man pauschal in den Dunstkreis der Fremdenfeindlichkeit.

2001 forderte der Bundesrat, dass nun doch ein UNO-Rassismusausschuss beurteilen soll, ob sich die Schweiz brav politisch korrekt benimmt. Ja es geht noch weiter: Jeder soll sich an diese fremden Richter wenden können, falls er sich durch einen Entscheid rassistisch beleidigt fühlt! Das Parlament nickte eifrig zu, nachdem man vor nur einigen Jahren das Gegenteil versichert hatte.

2004 brach das Bundesgericht dann vollständig mit allen Versprechen und offenbarte die effektive Tragweite und Gefährlichkeit des Antirassismusartikels. Der Öffentlich-

keitsbegriff im Artikel wurde derart weit ausgedehnt, dass in Zukunft sogar eine «rassistische» Bemerkung am Stammtisch strafbar sein soll. Der Staat soll also bis in den Privatbereich die Äusserungen und Gedanken der Stimmbürger überwachen können: Big brother is watching you!

In engem inhaltlichem Kontext dazu ist auch das Bundesgerichtsurteil zu sehen, das pauschal Einbürgerungen an der Urne für verfassungswidrig erklärt hat.

Der Schweizer Souverän hat nun zwei Möglichkeiten: Entweder lässt er sich vom Rassismus-Politbüro vollständig entmündigen. Bereits fordert die EKR, dass angeblich rassistische Fälle auch zivilrechtlich verfolgt werden sollen, die Privatautonomie also weiter eingeschränkt werden soll. Wie lange geht es wohl, bis auch die «MusicStar»- oder «Swiss Award»-Jury verklagt wird, wenn sie den ersten Preis nicht an einen Ausländer verleiht?

Die zweite Möglichkeit ist die Rückkehr zum liberalen Rechtsstaat. Das bedeutet die ersatzlose Abschaffung des Antirassismusparagrafen und des Rassismus-Politbüros. So könnte man auch noch einen Beitrag an die finanzielle Entschuldung der Schweiz leisten. Denn wenn die liberale Gesellschaft der «political correctness» kein Ende setzt, so setzt diese der liberalen Gesellschaft ein Ende.

Ist gemeinnützige Arbeit nicht mehr nötig?

THOMAS FUCHS,
GROSSRAT, SEKRETÄR PRO LIBERTÄTE
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Die Menschen an den Arbeitsplätzen sind stärker unter Druck denn je. Alles geht heute schneller, alles wird oberflächlicher, niemand will mehr Zeit haben, und die Menschen kommunizieren privat vor allem per SMS und in ChatForen im Internet. Kann dies jedoch der Sinn unseres Lebens sein? Ich bin überzeugt davon, dass unser Gemeinwesen auch im Jahre 2005 mehr denn je auf gemeinnützige Arbeit angewiesen ist, und dies nicht nur, weil sie den Staat wenig kostet. Auch wenn z.B. ein Mitmachen im Samariterverein bei den Jungen nicht «in» ist, so möchten doch alle bei einem Unfall raschmöglichst die Hilfe der Samariter in Anspruch nehmen können.

Ein herber Rückschlag der Freiwilligenarbeit und ein aktuelles Beispiel aus der Stadt Bern gibt jedoch zu denken, denn es hätte wohl auch anderswo passieren können: Der Gemeinnützige Frauenverein Bümpliz steht vor dem Aus, da die Stadt Bern Knall auf Fall den Mietvertrag im Schloss Bümpliz mit dem Gemeinnützigen Frauenverein gekündigt hat, obwohl dieser allein seit 1982 für Zehntausende von Franken Material für das Alte Schloss Bümpliz angeschafft sowie seit 1974 Restaurierungen im Betrage von ebenfalls mehreren Zehntausend Franken übernommen hat.

Heute sind im bald 60-jährigen Verein noch rund 300 Frauen aktiv. Die Einnahmen aus der Handarbeitsgruppe und dem Betrieb der Brockenstube ermöglichten dem Verein jährliche

Ausschüttungen an Vereine und Institutionen. Im Jahre 2003 wurden so 21 000 Franken ausgeschüttet. In den Genuss kamen z.B. das Wohnheim für Kinder Bethlehem, die Jugendmusik Bümpliz, die Kinderfastnacht Bümpliz, der Verein Kinderkrippe Bümpliz, der Schlossverein Bümpliz, die Hilfskasse der reformierten Kirche Bümpliz, Pro Audito Schwerhörigenverein Bern usw.

Während Jahrzehnten hat der Verein die Brockenstube und die Handarbeitsgruppe geführt. Per 31. Dezember 2004 hat die Stadt Bern nun den Mietvertrag gekündigt. Ein eigenartig anmutendes Vorgehen einer rot-grün dominierten Stadtregierung. Als Alternativlokal wurde dem Verein ein Kuhstall an der Glockenstrasse in Aussicht gestellt. Der Stall ist noch im ursprünglichen Zustand

und könnte durch einen aktiven Landwirt sofort wieder benutzt werden. Der Stall wird dem Gemeinnützigen Frauenverein für 100 Franken pro Monat offeriert. Dieses städtische Angebot ist schlicht ein Hohn. Während also andere Kulturorganisationen und Vereine mit hohen Beiträgen direkt oder indirekt gefördert und unterstützt werden, soll hier

ausgerechnet bei einer Selbsthilfeorganisation keine echte Hilfe möglich sein, und der wohltätige Verein wird mit einem Kuhstall abgespiesen. Pikant dabei, dass der Berner Stadtrat just zur selben Zeit an seiner letzten Sitzung des Jahres 2004 den Globalkredit der Abteilung Kulturelles um 956000 Franken erhöhte. Davon gehen 205000 Franken an

die Trägerschaft Grosse Halle und 319000 an die Trägerschaft des Kulturzentrums Reitschule. Gegen den Staat zu arbeiten lohnt sich offenbar mehr, als für den Staat zu arbeiten. Schade, wahrlich kein positives Signal aus der Bundeshauptstadt!

Jahresbericht der Präsidentin



«Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom»

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Natürlich wäre es einfacher, mitzuschwimmen im Strom der Zeit, sich treiben zu lassen von der aktuellen Strömung und die Augen zu verschliessen vor gewissen Abgründen, die auf diesem Weg lauern. Die Abgründe sind es, die uns bewegen, Gegensteuer zu geben, gegen den Strom zu schwimmen und den oft mühsamen Weg zu gehen. Freiheit, Demokratie und Menschenwürde sind für PRO LIBERTATE Werte, die es heute und für die Zukunft zu verteidigen und zu bewahren gilt. Sie, liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten, haben mit Ihrer finanziellen und moralischen Unterstützung uns ermöglicht, im Jahre 2004 den Kampf zur Erhaltung dieser Werte fortzusetzen.

Werbung, Mitglieder und Finanzen

Die Werbung von Neumitgliedern ist ein schwieriges Unterfangen, und manche Werbeaktion zeigt nicht den erwarteten Erfolg, denn Papier ist geduldig, und die aktuelle Informationsflut löst meist eher Lethargie als Aktivitäten aus. Unser Vizepräsident und Werbechef Max Gerber lässt sich jedoch nicht beirren, trotz schwierigeren Bedingungen hält er stets Werbeideen bereit, und wiederum ist es gelungen, den Stand der Mitgliederzahlen zu halten – dies ist als Erfolg zu werten. Denn es gibt doch auch viele, die altershalber austreten. Für die finanzielle Unterstützung während des

ganzen Jahres herzlichen Dank. Die positive Ertragslage erlaubt uns, auch mit Zuversicht ins 2005 zu blicken.

PL-Mitteilungen

Wieder konnten wir sieben PRO LIBERTATE-Mitteilungen herausgeben und aus unserer Optik mit Beiträgen verschiedener Spezialisten Grundlagen für die Meinungsbildung vor den Abstimmungen liefern und auf die aktuellen Probleme aufmerksam machen.



Im Schillerjahr widmeten wir eine Nummer unserem Nationalhelden Wilhelm Tell und warben für die Spiele des Weimarer-Theaters auf dem Rütli. Die Besucher des Freilichttheater waren beeindruckt, denn die Botschaft, dass sich der Einsatz für die Freiheit lohnt, war auch in der modernen Fassung der zentrale Punkt. Dank unserem langjährigen treuen Auslandskorrespondenten Dr. Friedrich Schlomann konnten wir auch aktuelle Berichte zum Thema Russland und Taiwan publizieren. Ein Schwerpunkt ist nach wie vor die Armee. PRO LIBERTATE fordert, dass das Milizprinzip und die Neutralität gewahrt werden und, wie versprochen, die Landesverteidigungs-

aufgabe Schwerpunkt bleibt oder endlich wieder wird.

Anstelle der Transportflugzeugbeschaffung fänden wir es wichtiger, dass das Geld in die Ausbildung zur Behebung der prekären personellen Situation im Instruktionkorps investiert würde. Dies haben wir auch in einem Brief an die Parlamentarier vorgeschlagen. Der Militärpublizist Dominique Brunner und unser ehemaliger Präsidenten Major Werner Gartenmann haben uns über die aktuelle Situation in der Armee informiert. Durch Patrick Freudiger erhielten wir Einblick in den Alltag eines Rekruten und Aspiranten.

Das Dossier Schengen/Dublin der Bilateralen II wird zum Prüfstein für unsere Unabhängigkeit und Demokratie. Wir haben dieses Dossier ausführlich vorgestellt und von verschiedenen Seiten beleuchtet (Souveränität, Sicherheit, Tourismus, Problematik für die Schützen, Waffenrecht). Mit den Organisationen, die an den Habsburgergesprächen teilnehmen nämlich Selbstbewusste Freie Schweiz, Aargauische vaterländische Vereinigung, Unternehmervereinigung gegen den EWR/EU-Beitritt, Medien-Panoptikum, Identität Schweiz, Young 4Fun, Aktion Aktivdienst unterstützen wir das Referendum gegen Schengen/Dublin und bekämpfen den Schengen-Vertrag.

Broschüren

Unsere Broschüre von Shraga Elam über Paul Grüninger wirbelte weiter Staub auf. Wir erreichten, dass die zementierten Ansichten über Grüninger endlich hinterfragt werden. Die linken Hüter der Grüninger-Glorifi-



zierung, NR Paul Rechsteiner und Dr. phil. hist. Stefan Keller, verweigerten die Teilnahme an einem öffentlichen Podiumsgespräch. Dagegen versuchten sie, eine positive Kritik der Broschüre in der NZZ beim Presserat als «rechtsextreme Beihilfe» darzustellen. Der Presserat wies die Beschwerde im Juni 2004 ab. Auch die Presse in der Suisse romande (24 Heures und Tribune de Genève) berichtete über die Elam-Schrift.



Einen grossen Erfolg konnten wir mit der Broschüre von Nationalrat Luzi Stamm verbuchen, «Die gezielte Zerstörung unserer direkten Demokratie». Er analysiert die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit den 90er-Jahren. Er weist darauf hin, dass unser Staatssystem bedroht ist, unsere direkte Demokratie ausgehöhlt wird und sich damit die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Der Autor ist kein Pessimist, sondern zeigt auf, dass unser Land beste Voraussetzungen für eine sichere Zukunft hat. Dafür braucht es aber den politischen Willen und den Mut, als «eigenwilliges Land» die direkte Demokratie und Freiheit zu erhalten.

Veranstaltungen CH 365



Der Besuch des Militärflugplatzes Meiringen war ein Grosserfolg. Neben den 120 Teilnehmern mussten wir sogar einigen Interessenten eine Absage erteilen, da dies die Besuchskapazitäten überstieg. Meiringen ist neben Sion und Payerne der Hauptflugplatz für den Jetflugbetrieb der Luftwaffe. Unter kundiger Führung in Gruppen konnten der

Betrieb und vor allem die Jets betrachtet werden. Grossrat Hans Michel aus Brienz erläuterte den Nutzen der 170 Arbeitsplätze für die Region. Natürlich erfreut sich dieser Flugplatz nicht nur allgemeiner Beliebtheit. Gegen den Fluglärm formieren sich auch Gegnerschaften, unter anderem der Umweltschützer Franz Weber und die SP-Nationalrätin Christine Goll, ZH.



Auch der zweite Anlass ins Rheintal zur Festung Sargans war mit 90 Teilnehmern ausgebucht. Eindrücklich kam bei diesem Besuch der Verteidigungswille unserer Aktivdienstgeneration zur Geltung. Nur wer sich bedroht fühlt und gewillt ist, seine Freiheit zu bewahren, baut solche Festungen. Dies dürften auch gewisse Historiker zur Kenntnis nehmen! Teile dieser Festung werden heute noch als Übungsplatz gebraucht. Der Artillerie-Fort-Verein Magletsch AFOM hat die nicht mehr verwendeten Teile des Forts vermietet und zu einem Museum hergerichtet.



Vorstand

Die ehrenamtliche Tätigkeit als Vorstandsmitglied in unserem Verein ist mit Knochenarbeit verbunden. Die Arbeit lastet auf wenigen Schultern. Deshalb ist jeder gefordert und trägt Verantwortung, damit ein Projekt gelingt. Mein Dank gilt meinen Vorstandskollegen für ihre Mitarbeit. Max Gerber, unser langjähriger Vizepräsident, Werbechef und Redaktionsmitglied steht unermüdlich für PL ein, organisiert und koordiniert unsere Druckaufträge und den Versand. Marcel Bieri, unser Kassier, ist besorgt für schwarze Zahlen und hat auch dieses Jahr unser Haushaltsziel erreicht. Nicht selbstverständlich ist es, dass Grossrat Thomas Fuchs noch Zeit findet, Protokolle zu verfassen. Vorstandsmitglied Alfred Zum-

brunn garantiert als Delegierter die Verbindungen und den Austausch zu den befreundeten Organisationen. Ein Dankeschön gilt ebenfalls dem ehemaligen Präsidenten Werner Gartenmann, der uns immer noch mit Rat und Tat zur Seite steht.

Zusammenarbeit

Nicht nur Privatpersonen, sondern auch Gruppierungen teilen unser Gedankengut. Als Verein sind wir Mitglied bei der Interessengemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg, die von Nationalrat Luzi Stamm geleitet wird. Die Vereinigung setzt sich für die Würdigung der Aktivdienstgeneration und für eine wahrheitsgetreue Darstellung der Zeit des Zweiten Weltkrieges ein. Auch in der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Armee (AWM) engagieren wir uns zusammen mit anderen Organisationen für die Bedürfnisse der Armee. Wie schon erwähnt, bieten auch die «Habsburgergespräche» eine Plattform für Gedankenaustausch und Koordination von politischen Aktionen.

Schlusswort

Mein Dank gilt all jenen, die unsere Bestrebungen für eine freie, demokratische und bürgerliche Schweiz unterstützen. Ich bin überzeugt, dass sich der Einsatz lohnt, auch wenn der Erfolg nicht immer ersichtlich ist. Wir dürfen nicht schweigen und zusehen, wenn das «Schiff» in die falsche Richtung abdriftet. Wir müssen alles daran setzen, damit das Steuer wieder gedreht werden kann. Ich zähle auch im 2005 auf Ihre Unterstützung!

**«Wir wollen sein ein einzig Volk
von Brüdern,
In keiner Not uns trennen
und Gefahr.
Wir wollen frei sein,
wie die Väter waren,
Eher den Tod,
als in der Knechtschaft leben.
Wir wollen trauen
auf den höchsten Gott
Und uns nicht fürchten
vor der Macht der Menschen.»**

Friedrich Schiller, Wilhelm Tell



Jahresbericht Projektgruppe

«Finanzen und Administration»

MARCEL BIERI,
KASSIER PRO LIBERTATE

E-Mail: kassier@prolibertate.ch

Bilanz und Erfolgsrechnung der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE werden wie immer an der Hauptversammlung vorgelegt.

Das Berichtsjahr 2004 im Bereich Finanzen war geprägt von einer sehr regelmässigen Geschäftigkeit. Die Anzahl Einzahlungen verharrt dabei auf ähnlich hohem Stand wie in den Vorjahren. Alle Aktionen brachten erhebliche Spenden ein, es darf aber nicht verschwiegen werden, dass der finanzielle Erfolg insgesamt unter

dem des Vorjahres geblieben ist. Der Umstand, dass jedem Versand ein Einzahlungsschein beigelegt wurde, hatte zur Folge, dass sehr viele – wenn auch kleinere – Beiträge gespendet wurden. Diese regelmässigen Einnahmen halfen uns, die Tätigkeit der PRO LIBERTATE wirkungsvoll zu gestalten, was alleine durch die einbezahlten Mitgliederbeiträge kaum möglich gewesen wäre.

Gut besucht wird auch unsere Seite im Internet. Insbesondere Broschürenbestellungen werden zunehmend elektronisch getätigt. Die Benutzung dieses Kommunikationsträgers nimmt stetig zu. Wir sind sehr be-

müht, unserer Seite gebührende Aufmerksamkeit bezüglich Aktualität und Darstellung zu widmen. Wie alle Jahre hatten wir sehr viele Austritte durch Krankheit oder Tod zu beklagen. Der erfreuliche Zuwachs an Neumitgliedern – dank intensiver Werbeanstrengungen – ermöglichte es uns, den Mitgliederbestand annähernd auf gleicher Höhe zu halten. Im Namen des Vorstandes danke ich nochmals an dieser Stelle ganz herzlich für die immerwährende finanzielle Unterstützung. Sie dürfen versichert sein, dass uns diese Hilfe mit grosser Freude und Dankbarkeit erfüllt.



365

A • U • S • B • L • I • C • K



Sommer 2005

**Truppenbesuch
in Thun**

20. August 2005

**Feier zu Ehren
der Aktivdienst-
generation**

Herbst 2005

**Besuch der
Contraves Space
in Zürich**

●●●● 3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

8

1. «Demokratie ist nicht einfach.» Es liegt an uns, die Demokratie zum Nutzen aller durchzusetzen.
2. Wir müssen uns für einen liberalen Rechtsstaat einsetzen.
3. Schwimmen wir weiter gegen den Strom!

und ●●●● 2 dringende Hinweise

1. 5. März 2005, Hauptversammlung im Restaurant Bären in Ostermündigen, Gastreferent: Divisionär Martin von Orelli, Stv Chef Armee. Melden Sie sich heute noch an. (Anmeldeunterlagen liegen dem Versand bei, sonst verlangen via E-Mail: info@prolibertate.ch)
2. Noch ist Gelegenheit, das Referendum gegen Schengen/Dublin zu unterstützen. Die Unterschriftenbogen finden Sie auf dem Internet unter www.prolibertate.ch, oder Sie können Sie beim Aktionskomitee gegen Schengen/EU-Beitritt, Postfach 699, 3000 Bern 31 beziehen

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

2.05

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt (FDP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 31.1.2005

Schon vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch